SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Elitenwandel im Transformationsprozeß: die Rolle von Intelligenz und Recht

Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mänicke-Gyöngyösi, K. (1996). Elitenwandel im Transformationsprozeß: die Rolle von Intelligenz und Recht. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 633-647). Frankfurt am Main: Campus Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140449

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Elitenwandel im Transformationsprozeß

Die Rolle von Intelligenz und Recht

Krisztina Mänicke-Gyöngyösi

Vorbemerkung

Im Folgenden soll die Rolle des Rechts bzw. von unterschiedlichen Rechtstraditionen und entsprechenden rechtsfreundlichen politischen Kulturen nicht im einzelnen untersucht werden. Vielmehr interessiert das Recht als ein Aspekt der weberschen universalgeschichtlichen Perspektive, in der es darum geht, ob und inwiefern die okzidentale Rationalität durch die parallele und aufeinandertreffende Entwicklung in gesellschaftlichen Teilbereichen im Sinne einer Affinität befördert wird. Obwohl es dabei um längerfristige Prozesse handelt, gehe ich zugleich davon aus, daß die demokratischen Umbruchprozesse Osteuropas bzw. die relevanten Akteursgruppen in ihnen eine kurzfristig bedeutsame Rolle gespielt haben, indem sie zwar strukturell vorgegebene, aber in konkreten Handlungskonstellationen veränderbare Teilrationalitäten aufeinander zu bewegten. Als Ergebnis dieses von Akteuren vollzogenen Aufeinandertreffens – das symbolisch in unterschiedlicher Weise Wende, Systemwechsel oder Umbruch genannt wird – erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für die Generalisierungs- und Interpenetrationsleistungen des Rechts (vgl. Gephart 1993) bzw. für die Geltung von ungeschriebenen Verfassungen. Andere historische Beispiele für die Durchsetzung der westlichen Rechtstradition bzw. des englischen Parlamentarismus haben Harold J. Berman und Barrington Moore in ihren Analysen vorgelegt, in denen sie in vergleichbarer Weise strukturgeschichtliche und handlungsorientierte Ansätze miteinander kombinieren.

1. »Nachholende Modernisierung«, »zivilgesellschaftliche« Innovation und Institutionenbildung

Eine solche Vorgehensweise birgt vielleicht auch die Chance in sich, den starren Erklärungsrahmen der vorherrschenden Transformationsforschung aufzubrechen, die die Hauptschwierigkeiten postsozialistischer Gesellschaften gerade daran festmacht, daß die politisch-demokratische, ökonomisch-marktwirtschaftliche, sozialstaatliche und territorial-nationalstaatliche Umgestaltung gleichzeitig vollzogen werden müsse (Offe 1994). Die Diagnose dieses Dilemmas setzt die Vorstellung einer nachholenden Modernisierung in doppeltem – prozessualen und strukturellen – Sinne voraus. Um erfolgreich zu sein, müsse entweder die Konstituierung der einzelnen Dimensionen der Moderne nacheinander »nachgeahmt« werden oder aber im Sinne eines gleichzeitigen Institutionentransfers differenzierter gesellschaftlicher Subsysteme mit ihren jeweiligen Rationalitäten und Steuerungsmedien auf die vorgefundenen sozialistischen Hinterlassenschaften und institutionellen Restbeständen aufgesetzt werden, was enorme Anpassungs- und Koordinierungsschwierigkeiten mit sich bringe.

Selbst die von Staniszkis (1991) prognostizierten Dilemmata des Übergangs sind nicht frei von einem solchen Modelldenken westeuropäischer Prägung, an dem gemessen Transformationsbewegungen wie -eliten fundamentalistisch-nationalistisch oder utopisch die Perspektive einer angemessenen Institutionenbildung nur verfehlen könnten. Sie beklagt das Fehlen von Interessenlagen auf Seiten der sozialen Basis, dem auf Seiten der zur politischen Interessenvertretung bestimmten Akteure ein ideologisches Bewußtsein entspreche, um die Interessenartikulation theoretisch vorwegzunehmen. Diese Annahmen offenbaren entweder eine große Realitätsferne; denn man kann sich gerade im Falle des polnischen Übergangs nicht vorstellen, daß die Menschen bar jedweder persönlicher Motive gesellschaftsverändernd aktiv geworden sind; allenfalls kann man davon ausgehen, daß im Milieu familiärer und persönlicher Kontaktnetze ökonomische Orientierungen von kommunikativ-valuativen – im Sinne der »moralischen Ökonomie« – nicht geschieden waren (zum Konfliktverlauf vgl. im übrigen Tatur 1989). Oder aber, die Dilemmata werden vom Standpunkt eines eindimensionalen Parteiensystems sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Provenienz konstatiert, das entlang der Trennungslinie von Kapital und Arbeit organisiert ist und gerade die in Osteuropa stärker ausgebildeten Cleavages von Stadt-Land, Westlertum-Populismus, säkularisiert-religiös usw. vernachlässigt (vgl. von Beyme 1994).

Nicht zuletzt haben die demokratischen Umbruchprozesse in Osteuropa selbst den historischen Beweis erbracht, daß nachholende Modernisierungen –

in Form des Sozialismus – gescheitert sind, da sich das Modelldenken notwendigerweise auf Modernisierungsagenturen gestützt hatte, die ihre revolutionär oder durch äußere Intervention erlangte politische Monopolstellung zur beschleunigten und unkontrollierten zentralistischen Umgestaltung der betreffenden Gesellschaften benutzt und damit gerade deren funktionelle Differenzierung aufgehalten hatten. Der »zivilgesellschaftliche« Schub der ostmitteleuropäischen Umbruchprozesse scheint zumindest darauf aufmerksam zu machen, daß es bei dem möglich gewordenen Neuanfang auf die Interaktion innovations- und selbstorganisationsfähiger Akteursgruppen der betroffenen Gesellschaften ankommt, die insofern schon in der Vorbereitungsphase der demokratischen Wende die Weichen für pluralistische Strukturen und die Entstaatlichung der Ökonomie gestellt haben. Insofern ist es vielleicht am ehesten gerechtfertigt, mit Habermas (1990) von einer »nachholenden Revolution« zu sprechen, wenn damit die Rekonstruktion dieser Gesellschaften von Unten im Sinne der »Anti-Politik« György Konráds bzw. als Wiedererinnerung und Neubestimmung eigener Traditionen gemeint ist (vgl. Harth 1992). Da die Interaktionsformen und -konstellationen von Land zu Land unterschiedlich sind, unter denen sich die Rekonstruktion vollzieht, sehen sich führende Sozialwissenschaftler zur Selbstbescheidung veranlaßt: »Es gibt keine einheitliche Theorie der Transformation« (von Beyme 1994:117).

Gegen eine Rekonstruktion von Unten scheint zu sprechen, daß es – mit Ausnahme von Polen – keine mobilisierenden und vereinheitlichenden sozialen Bewegungen in Ostmitteleuropa gegeben hat. Von daher möchten wir eher von strategisch wichtigen sozialen Gruppen reden, die die Konstellationen vor und nach der Wende prägen, und die in dieser Bedeutung in die Nähe von Eliten und Gegeneliten rücken. Während es ihnen vor der Wende darauf ankam, die politische, ökonomische und kulturelle Vormachtstellung der Partei zu erschüttern, bildet ein Teil von ihnen – in der Nachfolge der Bürgerbewegungen – die politischen Parteien, denen je nach Ausgang der erfolgten demokratischen Wahlen in der Tat auch die Aufgabe eines Institutionentransfers zukommt, insbes. in ökonomischer Hinsicht in Form gesetzlicher Regelungen für Entschädigung und Privatisierung, Schaffung von Treuhandgesellschaften und staatlichen Vermögensagenturen usw. Die neuen politischen Akteure errichten jedoch die neuen Institutionen nicht auf einer tabula rasa und können sie auch nicht restlos politisch steuern. Sie sind vielmehr gehalten, auf die »spontanen« Prozesse der Aufteilung staatlichen Eigentums und der privaten Eigentumsbildung zu reagieren, den Interessen und Einflußnahmen der neuen ökonomischen Subjekte zu begegnen und die aus dem politischen Übergangsmodell resultierenden Legitimationsbedürfnisse zu berücksichtigen. Die modellhafte »Konstruktion von Kapita-

lismus« bildet einen Widerspruch in sich und gerät leicht in Gefahr, die Innovationsbereitschaft und den Unternehmergeist potentieller Eigentümer zu vernachlässigen (vgl. Kis 1994).

So gehen kompetente westliche und osteuropäische sozialwissenschaftliche BeobachterInnen davon aus, daß die Transformationsökonomie nicht ausschließlich infolge strategischer Wahl, sondern auch als Rekombination unterschiedlicher und vielschichtiger Eigentums- und Verfügungsstrukturen entstehen werde (Stark 1994). In Fortführung und empirischer Überprüfung der von Stark präsentierten Pfadmodells (1991/92) kommt gar kürzlich ein Wirtschaftswissenschaftler (Heidenreich 1994) zum Ergebnis, daß im Falle solcher ostmitteleuropäischer Wirtschaften, in denen der Entwicklung autonomer unternehmerischer Fähigkeiten noch in spätsozialistischer Zeit ein zentralistischer Riegel vorgeschoben wurde, auch die Rekombination erschwert sei. So führt die von Oben über die Treuhandgesellschaft in Gang gesetzte Privatisierung zum Zusammenbruch der Großindustrie in der ehemaligen DDR, und die bloße Änderung der Eigentumsrechte in der ehemaligen Tschechoslowakei bleibt ohne Einfluß auf die Bildung neuer handlungsfähiger Eigentümer und auf die gewünschte Entflechtung monopolistischer Strukturen.

Es kommt in Osteuropa offensichtlich darauf an, daß die für sozialistische Gesellschaften konstatierte Einbindung menschlicher Ressourcen in private Lebenszusammenhänge (vgl. Srubar 1991) über Institutionalisierungsprozesse vergesellschaftet wird. Hier wird die These aufgestellt, daß gerade unter diesem Aspekt die Thematisierung ökonomischer und politischer Fragen und die Gestaltung ihres Wechselverhältnisses während des demokratischen Übergangs entscheidend sei. Damit stellt sich die Frage, ob die Interaktionsverhältnisse und sozialen Kräftekonstellationen bestimmte Kommunikationsmedien – wie rationale Bürokratie, Geld und Recht – oder gar deren Konkurrenz begünstigen und die Dominanz des unmittelbaren Austausches und entsprechender face-to-face Kommunikationsverhältnisse zurückdrängen bzw. über ihren engen Wirkungsbereich hinaus kommunizierbar machen. Erst wenn dies gelänge, könnte von einem Anschluß an die Moderne bzw. der Aufhebung »negativer« oder »partieller« Modernisierung die Rede sein.

2. Elitenwandel und Hegemonie der Intelligenz in Ostmitteleuropa

Da die Bildung von Öffentlichkeiten wie auch die Infragestellung politischer Herrschaftsverhältnisse in Osteuropa – mangels eines Mittelstandes – seit jeher

als das Problem der Intelligenz angesehen wurden, möchten wir im Anschluß an Szelényi drei Modelle des Elitenwandels und -wechsels in Osteuropa diskutieren, die jeweils unterschiedliche Annahmen über die zur Hegemonie gelangte Intellektuellenfraktion beinhalten. Die Konzentrierung auf das Problem der Intelligenz ist teilweise überholt, da es zum einen in Ungarn und auch in Polen zur Neubildung einer einheimischen Kleinbourgeoisie im Zuge der spätsozialistischen Reformen gekommen ist und zum anderen Angehörige der neuen Mittelschichten in Form von Spezialisten und Managern, Kultur- und Sozialwissenschaftlern prädestiniert sind, von der ökonomischen und politischen Transformation zu profitieren bzw. in die neuen ökonomischen und politischen Elitegruppen zu gelangen.

Was die Rolle der Vermittlungsmedien anbelangt, so haben Konrád und Szelényi Mitte der 70er Jahre angenommen, daß dem System der »rationalen Redistribution« der Anspruch einer nicht-eingelösten materialen und planerischen Rationalität innewohne. Durch diesen motiviert und herausgefordert, mache sich die technokratisch-pragmatisch orientierte Fraktion der Intelligenz auf den Weg, die implizierten Rationalisierungspotentiale geltend zu machen und schließlich den politischen Stand der Parteifunktionäre, der sich durch Ergebenheit und Loyalität gegenüber der historischen Mission der Avantgarde des Proletariats legitimiere, abzulösen. Wie sie rückblickend Mitte der 80er Jahre feststellten, habe sich diese Einschätzung, die Intelligenz befinde sich auf dem Weg zur Klassenmacht, nicht bewahrheitet, weil die Partei deren Machtergreifung durch die Legalisierung der »Zweiten Wirtschaft« zuvorgekommen sei. Soziologen, Ökonomen und Politologen analysierten die neuen »Klassenbündnisse« und »Übereinkünfte« zwischen der reformbereiten Parteifraktion, den beweglichen Teilen der Ministerialbürokratie und den pragmatisch orientierten Managern einerseits und den kritisch eingestellten Schriftstellern, Sozialwissenschaftlern, Reformökonomen und Oppositionellen andererseits. Über die konstatierte Konkurrenz zwischen rationaler Redistribution und Markt wird häufig die gesetzgeberische Rolle der späten Reformregierungen vergessen, die die neuen ökonomischen und politischen Assoziationsformen juristisch geregelt haben (vgl. Kulcsár 1994). Parallel dazu verlief ein wissenschaftlicher, realpolitischer und semantischer Diskurs über die ausgleichende Wirkung des Marktes als Instrumentes der Sozialpolitik und der Reduzierung sozialer Unterschiede, über die Chancen eines zivilen Widerstands angesichts des Gewaltpotentials versus Kompromißfähigkeit des Staates (vgl. »Gesellschaftsvertrag« 1987) und über die Handlungsfähigkeit der staatlichen Bürokratie angesichts der ökonomischen Krise, welcher Diskurs schließlich in der semantischen Verschiebung von der »Wende und Reform« (1987) zur »Systemkrise« mündete und damit die Legali-

sierung der Opposition und die allgemeine Akzeptanz des »Systemwechsels« herbeiführte.

Die Bewertung dieser kulturellen Definitionsmacht von Intellektuellen und die anhaltenden Definitionskämpfe der aus den Wahlen hervorgegangenen neuen Parteien nach 1990 haben offensichtlich Konrád und Szelényi (1991) zum Kurswechsel und zur neuerlichen These veranlaßt, daß leider doch die auf globale Gesellschaftsveränderung bedachte, am »telos« orientierte Fraktion der Intelligenz statt der pragmatisch-rationalen im Postsozialismus die Macht ergriffen habe.

Dieses Modell des Elitenwandels wird stillschweigend kritisiert (vgl. Szalai 1994), wenn auf die fortbestehende korporatistische Machtstruktur im Aushandlungsprozeß zwischen den neuen politischen Herren, den Vertretern der Ministerialbürokratie und den Betriebsmanagern erinnert wird, die sich gar – infolge des Systemwechsels und der Instabilität der politischen Machthaber – in eine klientelistische verwandelt habe, ohne daß die Schicht der neuen Unternehmer korrigierend in diesen »Deal« eingreifen könne. Parallel dazu sei eine »Verstaatlichung« der Privatisierungsstrategie und die Zunahme redistributorischer Verfügungsmacht (Voszka 1993) zu beobachten, um den spontanen Prozessen der Privatisierung zu begegnen. Dem mag man mit Stark (1994) entgegenhalten, daß sich die Rekombination von Eigentumsformen nicht bloß über informelle Absprachen oder aus einer starken Verhandlungsposition von Großbetrieben vollziehe, sondern daß sie – etwa in Formen des »Kreuzeigentums«, der Kommerzialisierung der Betriebe und des zweistufigen Bankensystems (Herr 1993) – selber rechtlichen Regeln unterworfen bleibe und insofern einen Formenwechsel durchmache.

Um aus dem intermediären Klientelismus und politischen Elitismus herauszukommen, wäre es sicherlich wünschenswert (vgl. Tatur 1994), einen gesellschaftlichen Korporatismus zu errichten, in dem auch die Interessenvermittlung der Arbeitnehmer über Gewerkschaften gewährleistet wäre. Eine solche Möglichkeit ist in Ungarn während der Taxifahrerblockade im Herbst 1990 zumindest symbolisch in die Nähe gerückt, als der entstandene Interessenkonflikt um die Erhöhung des Benzinpreises und des staatlichen Steueranteils öffentlich im Fernsehen ausgetragen wurde. Ansonsten setzt der gesellschaftliche Korporatismus funktionierende Gewerkschaften und Interessenverbände voraus, wobei die durch Haushaltsstatistiken nachgewiesenen parallelen Einkommensquellen bzw. Nebenverdienste (nach Kolosi/Róna-Tas 1992) – trotz vorhandener institutioneller Voraussetzungen (vgl. Brusis 1994) – eher »familienwirschaftlich« eingebundene private Überlebensstrategien erwarten lassen. Als Paradebeispiel für Korporatismus wird deshalb gerne Polen als das Land der Solidarnosc angeführt.

Was betriebliche Privatisierungsstrategien anbelangt, so scheint das Erbe der Solidarnosc durch die Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber Konkursen eher ein Hindernis für Privatisierungsstrategien darzustellen (Heidenreich 1994) und zu privaten Neugründungen von Unternehmen zu führen, so daß es nur bedingt zur Interaktion von Privatisierungs- und Arbeiternehmerinteressen kommt. Ein formalisierter Korporatismus hat u.E. erst Entfaltungschancen, wenn die Rollenverteilung bei der Tarifpartnerschaft und die Zuordnung von Mitgliedschaften feststehen. Die Auswirkungen einer ehemals einheitlichen – Arbeiterinteressen, intellektuellen Dissens und katholisch-nationale polnische Identität repräsentierenden – Solidarnosc scheinen allerdings in Polen zu einer größeren Fragmentierung des politischen Feldes und zur Aktualisierbarkeit eines populistischen Appells seitens des Präsidenten geführt (Mänicke-Gyöngyösi 1994; Burmeister 1995), aber auch die Erinnerung an Arbeiterrevolten in der Regierung wachgehalten zu haben. Ende 1992/93 ist zumindest der »Pakt über das staatliche Unternehmen« mit der Anerkennung mehrerer Gewerkschaften als gleichberechtiger Verhandlungspartner in greifbare Nähe gerückt. Entscheidender als dieser Übergang vom »politischen« zum »gesellschaftlichen Diskurs« in der Öffentlichkeit – die bei Tatur (1994) stellvertretend für die Institutionalisierungsebenen der politischen Partizipation und der ökonomischen Interessenvertretung stehen – scheinen uns die auch im polnischen Übergang vorhandenen Tendenzen zur Machtteilung und Pluralisierung, sowie die aus den Verhandlungen am »runden Tisch« wie um den »Pakt« hervorgehenden Verrechtlichungstendenzen zu sein.

Als dritter Fall läßt sich die ehemalige Tschechoslowakei bzw. die Tschechische Republik anführen, die 1968 das auferlegte Scheitern von Rationalisierungsbestrebungen von Reformeliten im Rahmen des Systems bürokratischer Redistribution erleben mußte. Damit wurde auf Jahrzehnte die Möglichkeit zur Herausbildung eines mehrdimensionalen intellektuellen Diskussionsforums bzw. einer integrierenden sozialen Bewegung verbaut. Von daher ist es nicht überraschend, daß sich die »Anti-Politik« der Charta 77 auf Menschenrechte und ein authentisches Leben (Havel) konzentrierte, ohne Mischverhältnisse mit sozialen und ökonomischen Fragen eingegangen zu sein. Schon rein von der persönlichen Kontinuität her waren die ehemaligen Reformkommunisten für Jahrzehnte nicht präsent und wurden erst im Zuge der entstehenden Lustrationsdebatte 1991 zum bevorzugten Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. Insofern konnte es zur unmittelbaren Einführung eines marktwirtschaftlichen Modells im Sinne der »Unsichtbaren Hand« und zur Anknüpfung an die demokratische Tradition der Zwischenkriegszeit kommen. Tschechische Soziologen (Mozny 1991, Machonin 1993) gehen davon aus, daß der plötzliche Zusamm-

bruch des spätsozialistischen Systems nicht zuletzt deshalb möglich wurde, weil breite Schichten der Bevölkerung individualistischen Lebensstilen nacheiferten und sich von den »befriedenden« Zuteilungen und Versprechungen der bürokratischen Redistribution unabhängig machten. Die Programmatik eines »voraussetzungslosen« Kapitalismus ohne ausgleichenden Staatsinterventionismus rief wiederum die Separierungsbestrebungen der Slowaken auf den Plan, da sie nicht in der Lage war, regionale Ungleichgewichte zu berücksichtigen.

Ungeachtet der skizzierten Unterschiede von »zivilgesellschaftlichen« Ansätzen in allen drei Modellen bleibt es festzuhalten, daß ehemalige Manager und Spezialisten in allen drei Ländern die besten Chancen hatten, auch unter neuen Bedingungen in ökonomisch erfolgversprechende Positionen einzurücken (vgl. Mänicke-Gyöngyösi 1994), was Staniszkis bekanntlich zur Charakterisierung der Übergangsökonomien als »politischen Kapitalismus« veranlaßt hatte. Wichtiger als dieses Faktum, das sich als Nutzbarmachtung und Konvertierung interner Ressourcen in Richtung Marktwirschaft verstehen läßt, ist ihre rechtliche Kontrolle bzw. Einschränkung durch handlungsfähige politische Eliten. Dies ist nur möglich, wenn zumindest in der politischen Dimension – vorbereitet durch kritische oder Gegeneliten – ein Elitenwechsel durch demokratische Wahlen oder auch – wie in der Tschechoslowakei – durch Generationswechsel stattfindet. Dem wäre noch hinzuzufügen, daß die demokratische Gründungsphase auch auf eine bestimmte inhaltliche und zeitliche Situierung in dem Sinne angewiesen bleibt, daß die Modalitäten einer neuen politischen Ordnung möglichst umfassend am runden Tisch in einer kompromißbereiten und von unmittelbaren Handlungszwängen entlasteten Atmosphäre ausgehandelt werden.

Probleme der Verrechtlichung, der Machtteilung zwischen Elitegruppen und der politischen Legitimation führen uns zur Überlegung, daß Institutionengründungen der europäischen Moderne mindestens durch zwei Universalien »gestiftet« bzw. durch das Zusammenspiel zweier Medien koordiniert werden: durch »Demokratie« und »Markt«, Macht und Geld, politische Partizipation und Wahlprozeduren, informelle Einflußnahme und formalisierte Bürokratie, legale und symbolisch-repräsentative Legitimation (vgl. Konopasek 1993, Rödel u.a. 1989 im Anschluß an Hannah Arendt, Habermas 1992), wobei all die aufgezählten Konkurrenzpaare auf das Medium des Rechts als Vermittlungs- und Rationalisierungsinstanz angewiesen bleiben. Am interessantesten in unserem Zusammenhang ist das Zusammenspiel von repräsentativer Demokratie und symbolischer Repräsentanz, da in ihm die divergierenden »kulturellen Hinterlassenschaften« (so lautet ein bevorzugter und mißverständlicher Terminus von Offe) der ostmitteleuropäischen Länder zum Ausdruck kommen, die ihrerseits auf dem politischen Feld nach 1989 durch die festgelegten Prozeduren von demokratischen

Wahlen eine Begrenzung erfahren, mögen sie aus der historischen kollektiven Erinnerung an eine demokratische Vergangenheit wie in der Tschechischen Republik, aus dem »zivilgesellschaftlichen« Neuanfang der Solidarnosc oder der Intellektuellendiskurse wie in Polen und Ungarn oder aus den aktualisierten Mustern nationaler Identität – wie in allen drei Ländern – stammen. Im Rahmen dieses Aufsatzes bleibt leider kein Raum für die Erörterung des jeweiligen nationalen Selbstverständnisses, das Transformationsprozesse deutend begleitet und abstützt, sei es in ihrer westlich-mitteleuropäischen oder osteuropäisch-populistischen Variante. Der symbolische Bezug auf Gründungsakte in den neuen Demokratien Ostmitteleuropas wirft ein erhellendes Licht auf die zunächst provokant klingende These von Konrád/Szelényi (1991) über die kulturelle Hegemonie und die politische Machtergreifung der Intelligenz, die allerdings nicht unabhängig von den anderen Elitegruppen in herausgehobener soziostruktureller Position und mit mobilisierbaren oder auch konvertierbaren kulturellen, ökonomischen und oppositionellen bzw. offiziellen Beziehungskapitalen vor sich geht (im Sinne von Bourdieu). Insofern kommt den strategisch relevanten Gruppen in den Institutionenbildungsprozessen eine intermediäre und mediendurchsetzende Funktion zu.

3. Rußland als Kontrastprogramm zu Ostmitteleuropa?

Wie wichtig die Interaktion von Handlungspotentialen und die Rekombination von institutionellen Ansätzen für den demokratischen und martkwirtschaftlichen Neubeginn Osteuropas ist, läßt sich am Gegenbeispiel der Sowjetunion bzw. Rußlands aufzeigen, wozu hier nur Thesen entwickelt werden können.

1. Die gorbatschowsche, von oben eingeleitete Perestroika war durch die Wirtschaftskrise und die Systemkonkurrenz ausgelöst und betraf u.a. das ökonomische Austauschverhältnis der einzelnen Republiken zueinander. Nach Auflösung der Sowjetunion fand sie ihre russische Fortsetzung im Aushandeln neuer Beziehungen nach innen, zwischen Zentrum und Regionen, eine Perspektive, die nach von Beyme (1994a: Kap. 7) die Verfassungsdiskussionen bestimmt hat und zunehmend auch auf die Beziehungen nach außen, zum ehemaligen sowjetischen Einflußbereich übergreift.
2. Dieser Reformversuch fand zwar seine Ergänzung in der Politik von »Glasnost«, in einer nachträglich mobilisierten Öffentlichkeit, die jedoch keine »zivilgesellschaftliche« Machtbasis zur Machtteilung zwischen Nomenklatura

und demokratischer Opposition entwickeln und von daher auch den institutionellen Reformversuch Gorbatschows »Zurück zu den Räten« ohne Gewaltenteilung nicht beeinträchtigen konnte. Insofern wurde auch die Chance zum Elitenwechsel in der politischen Dimension verpaßt, der in Ostmitteleuropa die Voraussetzung für Verrechtlichung bzw. die Geltung des Rechts darstellt. Dieser Mangel sollte sich bald im handels- und finanzkapitalistischen »Wildwuchs« und in der undurchsichtigen Aufteilung des staatlichen Vermögens bemerkbar machen.

3. Neuere russische wie westliche Analysen gehen gar davon aus (Lane, Sutela 1994; Kapustin, Pastuchov, Peregudov 1994), daß schon der gorbatschowsche Reformversuch durch das Übergewicht der bürokratischen gegenüber der politischen Nomenklatura zum Scheitern verurteilt gewesen sei, und daß die ökonomischen Eigeninteressen der bürokratischen Schicht und die Schwäche einer außerinstitutionellen Opposition die Herausbildung eines politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Konsensus verhindert hätten. Hierin werden die Gründe für eine hobbessche Ausgangsituation, d.h. für die strategische Dominanz eines ökonomischen Liberalismus und der bloßen Privatisierung ohne Demokratisierung gesehen. Gegenüber diesem verselbständigten ökonomischen Eigengewicht erweisen sich die politischen Privatisierungsstrategien im Sinne der gaidarschen Schocktherapie als machtlos und voluntaristisch. Insofern schlägt ihre wohlgemeinte Absicht, voraussetzungslos und anti-lobbyistisch eine neue marktwirtschaftliche Eigentumsstruktur zu setzen, notwendigerweise in einen Superlobbyismus und einen etatistischen unternehmerfreundlichen Korporatismus traditioneller Art um. Trotz politischer Konflikte im Zentrum und Regionalisierungsbestrebungen wird sich demnach in Rußland auf lange Sicht doch der zentrale Staat mit seinen redistributiven Aufgaben der Besteuerung, der Subventions- und Wettbewerbspolitik und des Außenhandels- und Investitinsreglements behaupten, allerdings ohne Verrechtlichungs- und Rationalisierungsansprüchen ausgesetzt zu sein.
4. Die »zivilgesellschaftlichen« Ressourcen der demokratischen Intelligenz wurden in dem – noch nicht abgeschlossenen – Neubildungsprozeß des russischen Staates verbraucht, indem die entsprechenden Gruppierungen im Konflikt zwischen Gorbatschow und Jelzin die Partei des letzteren ergriffen und bei der Errichtung des präsidialen Kontrollsystems der »Beauftragten« – oder besser gesagt: der Gouverneure – auf regionalen Ebenen nicht unbeteiligt blieben (Gel'man 1994). Den Streikbewegungen gelang es – entgegen der Hoffnung mancher SozialwissenschaftlerInnen (Gordon, Nazimova) – nicht, über ihren regional und branchenmäßig beschränkten Wirkungskreis hinauszugelangen.

5. Nationale Identitätsmuster stehen vorerst nicht zu Verfügung (nach Lewada und Gudkow/Institut für Meinungsforschung in Moskau), um den Zerfall des sowjetischen Imperiums aufzufangen. Zugleich findet ein Kontinuitätsbruch des historischen Bewußtseins statt, da die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit als Teil der eigenen Geschichte mit der Neugründung des russischen Staates eingestellt wurde. Statt dessen macht sich erneut eine Polarisierung zwischen Westlern und Slawophilen breit, die von ihrer Kommunikationsstruktur und semantischen Potentialen her eine »Abkehr Rußlands von Europa« unter Aufrechterhaltung der Großmachtposition oder eine »nachholende Modernisierung« unter autoritärer Regie nahelegt. Insofern befinden sich die »Westler« auf dem Rückzug. Um bildhaft zu sprechen, scheint die russische Intelligenzija die historische Bühne zu verlassen, ohne ihre Mission erfüllt, d.h. den demokratischen Durchbruch herbeigeführt zu haben (vgl. Gudkow 1993).

Schlußbemerkung

Bezogen auf den verfassungsgebenden Charakter der Übergangs- und Transformationsprozesse und der sie begleitenden öffentlichen Konfliktdiskurse (vgl. auch Mänicke-Gyöngyösi 1995) möchte ich abschließend anmerken:

Die bloß modifizierten sozialistischen Verfassungen in Ungarn und Polen, die jedoch den friedlichen und auf Einlösung von Legalität drängenden Charakter der demokratischen Übergänge begleiten und reflektieren, mögen für manche kritischen Anhänger eines radikalen politischen Liberalismus oder Konstitutionalismus wie auch für den systematisierenden juristischen Sachverstand als unbefriedigend erscheinen (vgl. Arato 1994, Kis 1995). Insbesondere dürften sie für Intellektuelle ein Dorn im Auge sein, die das Übergewicht der politischen Öffentlichkeit als Gegenmacht zur verfahrensmäßig legitimierten Regierung, Legislative und Verfassungsgerichtsbarkeit kritisieren und insofern die – bereits erwähnte – totalisierende Definitionsmacht intellektueller Diskurse begrenzt sehen möchten, da diese selbst die Tätigkeit des Verfassungsgerichtes – anläßlich des »Medienkrieges«, der Dekommunisierungsdebatte und der Kompetenzabgrenzung zwischen Präsident und Regierungschef – in Mitleidenschaft zögen (Pokol 1993). Die seit 1993 ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückte Frage nach einer neuen Verfassung wird jedoch in Ungarn auch kontrovers diskutiert: Sie könnte die konsensbildenden Prozesse in der politischen Öffentlichkeit gefährden und erneut partei-

politisch und polarisierend wirken, ohne die »Hinüberrettungsversuche« von Elitegruppen aus sozialistischer Zeit und deren ökonomischen Machtzuwachs beeinflussen zu können, die inmitten von ungleichzeitigen und vielschichtigen Reproduktionsstrukturen agieren, deren gesamtgesellschaftliche Koordination allerdings des Rechtes bedarf.

Neue Verfassungen könnten allenfalls dazu dienen, das – vor allem in Polen – virulent gebliebene Verhältnis zwischen Präsidial- und parlamentarischer Demokratie auszubalancieren (vgl. Maciag 1994) bzw. einvernehmliche Staatenauflösungsprozesse – wie im Falle der Tschechoslowakei – zu begleiten. Als Gegenbeispiel möge Rußland herangezogen werden, dessen neue Verfassung eine autoritäre und zentralistische Dominanz gegenüber den Regionen zu behaupten versucht (Frenzke 1994).

Literatur

Arato, Andrew (1994), Constitution and Continuity in the Transitions. Part I: Continuitiy and its Crisis. In: Constellations. An International Journal of Critical and Democratic Theory 1994: 92-112.

Berman, Harold J. (1991), Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition. Frankfurt a. M.

von Beyme, Klaus (1994), Transformationstheorie – ein neuer interdisziplinärer Forschungszweig? In: Geschichte und Gesellschaft 1994: 99-118.

von Beyme, Klaus (1994a), Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a. M.

Brusis, Martin (1994), Korporatismus als Transformationskonsens. Der Fall Ungarn. In: Berliner Debatte. Initial 1994, H. 5: 25-35.

Burmeister, Holger (1995), Präsidentschaftswahl und populistischer Diskurs in Polen 1990. In: Krisztina Mänicke-Gyöngyösi (Hg.): Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität. Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa. Frankfurt a. M. (i.E.)

Frenzke, Dietrich, Der Wortlaut der russischen Verfassung vom 12.12.1993. In: Osteuropa Recht 1994: 292-325.

Gel'man, Vladimir (1994), Die »Bevollmächtigten des Präsidenten«. In: Berliner Debatte. Initial 1994, H.3: 13-24.

Gephart, Werner (1993), Gesellschaftstheorie und Recht. Das Recht im soziologischen Diskurs der Moderne. Frankfurt a. M.

Gudkow, Lew (1993), Abschied von der russischen Intelligenzija. In: Sonja Margolina. (Hg.): Die Fesseln der Vergangenheit. Russisches Denken nach der Perestroika. Frankfurt a. M.: 101-126.

Habermas, Jürgen (1990), Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. In: ders., Die nachholende Revolution. Frankfurt a. M.: 179-204.

Habermas, Jürgen (1992), Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M.

Harth, Dietrich (1992), Revolution und Mythos. Sieben Thesen zur Genesis und Geltung zweier Grundbegriffe historischen Denkens. In: Dietrich Harth/Jan Assmann (Hg.): Revolution und Mythos, Frankfurt a. M.: 9-35.

Heidenreich, Martin (1994), Die mitteleuropäische Großindustrie im Transformationsprozeß. In: Zeitschrift für Soziologie 1994: 3-21.

Herr, Hansjörg/Westphal, Andreas (Hg. 1993): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien. Frankfurt a. M.

Kapustin, Boris G. (1994), Nacalo rossijskogo liberalizma kak problema politiceskoj filosofii (Die Begründung des rußländischen Liberalismus als Problem der politischen Philosophie). In: Polis 1994, H. 5: 23-37.

Kis, János (1995), Between Reform and Revolution: Three Hypotheses about the Nature of the Regime Change. In: Constellations 1995, H. 3: 399-421.

Kis, Y. (1994), Privatization Paradoxes in East Central Europe. East European Politics and Societies 1994: 122-152.

Kljamkin, Igor M. (1993), Postkommunisticeskaja demokracija i ee istoriceskie osobennosti v Rossii (Postkommunistische Demokratie und ihre historischen Besonderheiten in Rußland). In: Polis 1993, H. 2: 6-24.

Kolosi, Tamás/Róna-Tas, Akos (1992), Az utolsóból lesznek az elsök? A rendszerváltás társadalmi hatásai Magyarországon (Werden die letzten die ersten sein? Die sozialen Auswirkungen des Systemwechsels in Ungarn). In: Szociológiai Szemle 1992, H. 2: 3-26.

Konopásek, Zdenek (1993), The Welfare »Mix« on the Way to Welfare Universalism. Socialist and Non-Socialist Institutional Regimes. In: Czech Sociological Review 1993: 91-103.

Konrád, György/Szelényi, Iván (1978), Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Frankfurt a. M.

Konrád, George/Szelényi, Iván (1991), Intellectuals and Domination in Post-Communist Societies. In: Pierre Bourdieu/James S. Coleman (Hg.): Social Theory in a Changing Society. Boulder: 337-361.

Kulcsár, Kálmán (1994), The Government and the Activity of the Constitutional Court. In: Balance. The Hungarian Government 1990-1994. Budapest: 117-143.

Lane, David/Ross, Cameron (1994), Limitations of party control: The governement bureaucracy in the USSR. In: Communist and Post-Communist Studies 1994: 19-38.

Machonin, Pavel (1993), The Social Structure of Soviet-Type Societies, its Collapse and Legacy. In: Czech Sociological Review 1993: 231-249.

Maciag, Zbigniew A. (1994), Polen auf dem Weg zu einem europäischen demokratischen Rechtsstaat. In: Jahrbuch für Ostrecht 1994: 11-24.

Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina (1994), Alte und neue Machteliten in Ostmitteleuropa. In: Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur. Wissenschaftliche Konferenz der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam, 14.-16. Dez. 1993. Berlin: 200-213.

Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina (1995), Konstituierung des Politischen als Einlösung der »Zivilgesellschaft« in Osteuropa? In: Brigitte Heuer/Milan Prucha (Hg.): Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie. Frankfurt a. M.: 223-224.

Moore, Barrington (1974), Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt a. M.

Mozny, Ivo (1991), Proc tak snadno ...Nektere rodinne duvody sametova revoluce (Warum so einfach... Einige familienbezogene Gründe für die samtene Revolution). Prag.

Offe, Claus (1994), Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt a. M.

Pastuchov, Vladimir B. (1994), Ot gosudarstvennosti k gosudarstvu: kommunisticeskaja stadija voschodjascego processa (Von der Staatlichkeit zum Staat: die kommunistische Phase eines aufsteigenden Prozesses). In: Polis 1994, H. 5: 38:49.

Peregudov, Sergej P. (1994), Organizovannye interesy i rossijskoe gosudarstvo: smena paradigm (Organisierte Interessen und der rußländische Staat: Paradigmenwechsel). In: Polis 1994, H. 5. 64-74.

Pokol, Béla (1993), Pénz és politika (Geld und Politik). Budapest 1993.

Pokol, Béla (1993a), A magyar parlamentarizmus szerkezete. A »hatalmi négyszög« súlyelosztásai (Die Struktur des ungarischen Parlamentarismus. Die Gewichtsverteilung innerhalb des »Machtvierecks«). In: Társadalmi Szemle 1993, H. 8-9: 16-26 und H. 10: 11-19.

Rödel, Ulrich/Frankenberg, Günter/Dubiel, Helmut (1989), Die demokratische Frage. Frankfurt a. M.

Srubar, Ilja (1991), War der reale Sozialismus modern? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1991: 417-428.

Srubar, Ilja (1994), Variants of the Transformation Process in Central Europe. A Comparative Assessment. In: Zeitschrift für Soziologie 1994: 198-221.

Staniszkis, Jadwiga (1991), Dilemmata der Demokratie in Osteuropa. In: Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt a. M.: 326-347.

Stark, David (1991/92), Privatisierungsstrategien in Ostmitteleuropa. Ein Vergleich. In: Transit 3/1991/92: 177-192.

Stark, David (1994), Nicht nach Design: Rekombiniertes Eigentum im osteuropäischen Kapitalismus. In: Prokla 94/1994: 127-142.

Sutela, Pekka (1994), Insider Privatisation in Russia: Speculations on Systematic Change. In: Europe-Asia Studies. Formerly Soviet Studies 1994: 417-435.

Szalai, Erzsébet (1994), The power structure in Hungary after the political transition. In: Christopher G.A. Bryant/Edmund Mokrzycki (Hg.): The new great transformation? London, New York: 120-143.

Szelényi, Iván (1988), Möglichkeiten und Grenzen des Projekts einer neuen Klasse in Osteuropa. Selbstkritische Überlegungen zu »Die Intellektuellen auf dem Weg zu Klassenmacht«. In: Prokla 70/1988: 94-124.

Tatur, Melanie (1989), Solidarnosc als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen. Frankfurt a. M.

Tatur, Melanie (1994), Identität und Integration – der polnische Diskurs zu Beginn der neunziger Jahre. In: Forschungsstelle Osteuropa (Hg.), Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa. Polen und die Tschechoslowakei. Bremen: 15-72.

Voszka, Eva (1993), A redisztribució újraéledése. Jelentések az alagútból (Die Wiedergeburt der Redistribution. Berichte aus dem Tunnel). Budapest.